

# "Wir wollen hier keine Parallelgesellschaften"

Thorsten Frei (CDU), stellvertretender Vorsitzender der Unions-Bundestags- fraktion, fordert von den islamischen Gemeinden in Deutschland, sich von der emanzipieren.

28.12.2018

Thorsten Frei (CDU), stellvertretender Vorsitzender der Unions-Bundestags- fraktion, fordert von den islamischen Gemeinden in Deutschland, sich von der Einfluss- nahme auslän- discher Staaten zu emanzipieren.



Thorsten Frei

*Herr Frei, die Koalition denkt über eine Moscheesteuer nach. Worauf zielt die Debatte?*

**Thorsten Frei:** Dabei geht es insbesondere darum, dass sich die islamischen Gemeinden in Deutschland ein Stück weit emanzipieren von der Einflussnahme ausländischer Staaten. Die rührt vor allem aus der Finanzierung solcher Gemeinden, Moscheen und Einrichtungen. Das behindert die Integration der Menschen in die deutsche Gesellschaft und fördert Parallelgesellschaften. Das kann nicht in unserem Sinne sein.

*Wie stark ist die Einflussnahme durch ausländische Geldgeber?*

**Frei:** Nehmen Sie etwa den Dachverband Ditib, der sich an türkisch-stämmige Muslime in Deutschland wendet und dessen Imame vom türkischen Staat finanziert und entsendet werden. Es ist auch bekannt, dass arabische Golfmonarchien die Finanzierung von muslimischen Aktivitäten in Deutschland übernehmen. Daher setze ich mich für mehr Unabhängigkeit von solchen ausländischen Geldgebern ein.

*Bisher genießen die christlichen Kirchen das Privileg, dass der Staat Steuern für sie einzieht. Wollen sie die islamischen Religionsgemeinschaften der Kirchen gleichstellen?*

**Frei:** Der Staat kann für die christlichen Kirchen die Kirchensteuer einziehen, weil sie Körperschaften des öffentlichen Rechts sind. Aber nur eine islamische Organisation ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt. Dies zu ändern, dürfte nicht einfach sein. Denn dieser Status hängt an bestimmten Voraussetzungen, zu denen das Bundesverfassungsgericht aus guten Gründen unter anderem die Rechtstreue zählt. Daher ist fraglich, welche islamischen Organisationen Religionsgemeinschaften im Sinne des Grundgesetzes sind. Dennoch haben wir das Ziel, eine Finanzierung aus dem Ausland nach Möglichkeit zu verhindern.

*Eine Moscheesteuer wäre also nur eine Option. Sie könnten sich aber auch andere Instrumente vorstellen?*

**Frei:** Genau. Man sollte nicht zu dogmatisch an die Sache herangehen. Die Zielsetzung ist klar definiert – die Emanzipation von ausländischen Geldgebern, insbesondere von ausländischen Staaten, sowie die Öffnung gegenüber der deutschen Gesellschaft. Dies ist unsere Leitlinie für die weitere Debatte.

*Österreich verlangt die Finanzierung der Moscheen durch Mittel im Inland. Ein Vorbild für Deutschland?*

**Frei:** Das ist denkbar. Österreich hat im Februar 2015 ein so genanntes Islam-Gesetz verabschiedet – nach mehreren Jahren der Diskussion. Damit untersagt Österreich die Auslandsfinanzierung der Moschee-Gemeinden. Sicherlich lohnt es, sich die Erfahrungen mit den dortigen Regelungen anzuschauen. Für uns steht all das unter dem Obersatz: Wer nach Deutschland kommt und dauerhaft hier lebt, soll sich hier integrieren. Wir wollen keine Parallelgesellschaften oder Agitation gegen unsere Gesellschaft. Dafür braucht es auch ein entsprechendes Angebot für die Religionsausübung

Das Interview führte Markus Sievers –Foto: Seeger/dpa